

"Open Doors" ruft zur Solidarität mit Christen in Algerien auf

Kelkheim bei Frankfurt/Main, 11.06.2008/APD Das überkonfessionelle Hilfswerk „Open Doors“ in Kelkheim bei Frankfurt/Main ruft dazu auf, sich mit persönlichen Briefen und Unterschriftenlisten an die algerische Botschaft in Berlin und an politische Verantwortungsträger für einen Stopp der Maßnahmen gegen Christen in Algerien einzusetzen. Anregungen für derartige Schreiben sind auf der Internetseite www.opendoors-de.org zu finden.

Bei der Umsetzung des Anti-Missionsgesetzes aus dem Jahr 2006 gehe die Regierung im nordafrikanischen Algerien laut „Open Doors“ vehement gegen die christliche Minderheit im Land vor. Besonders Muslime, die Christen wurden, seien im Visier des Staates.

In Algerien ist der Islam Staatsreligion. Von den 33 Millionen Einwohnern sind schätzungsweise 10.000 evangelische Christen, zumeist ehemalige Muslime, und 1.500 katholische Christen. Mehr als die Hälfte der evangelischen Kirchen im Land wurden bereits geschlossen. 32 Kirchen sind der protestantischen Eglise Protestante d'Algérie angeschlossen, die zwar staatlich anerkannt ist, deren Mitgliedskirchen jedoch eine eigene Einzelregistrierung benötigen, um erlaubt zu sein. Ferner gibt es 20 freikirchliche Gemeinschaften. Die nun geschlossenen evangelischen Gemeinden hätten bislang erfolglos Registrierungsersuchen bei den Behörden eingereicht. Auch katholische Christen würden an der Religionsausübung wie Gottesdienste für ausländische Gastarbeiter außerhalb ihrer Kirchengebäude behindert. Bei einer Fortsetzung dieser Entwicklung werde es, so „Open Doors“, Ende 2008 keine staatlich anerkannte algerisch-protestantische Kirche mehr

geben.

Ein algerisches Gericht in Tiaret habe Anfang Juni vier vom Islam konvertierte Christen zu Geld- beziehungsweise Freiheitsstrafen auf Bewährung verurteilt. Ihnen sei illegale Religionsausübung und das Verteilen von evangelistischen Schriften vorgeworfen worden. Die Konvertiten hätten bei einem Gebetstreffen in einem Privathaus in Tiaret im Westen des Landes einen Gottesdienst ohne staatliche Erlaubnis gefeiert. Laut Gesetz seien kirchliche Treffen nur in den von der Regierung genehmigten Orten erlaubt. Die Männer hätten laut „Open Doors“ den Vorwurf, religiöses Material verteilt zu haben, bestritten.

Vor Gericht habe sich auch die 37-jährige Lehrerin Habiba Kouider aus Tiaret verantworten müssen. Ihr drohe wegen „Ausübung nichtmuslimischer Bräuche ohne Genehmigung“ eine Haftstrafe von drei Jahren. Der Prozess sei verschoben worden. Laut ihrer Verteidigerin könne das am gewachsenen internationalen Interesse für diesen Fall liegen. Medien hätten berichtet, dass die ehemalige Muslima aufgrund ihrer Konversion vom Islam zum Christentum in ihrer Stadt verspottet und zur Rückkehr zum Islam aufgefordert worden sei. Die Lehrerin war am 29. März in einem Bus von der Polizei verhaftet worden, als diese in der Handtasche der Frau mehrere Bibeln und christliche Literatur fand. Der Staatsanwalt habe angeboten, die Anklage im Falle einer Rückkehr zum Islam fallen zu lassen. Habiba Kouider hätte dies abgelehnt.

Wie „Open Doors“ mitteilte, könne nach einer neuer Regelung der Druck und die Lagerung von Materialien, die darauf abzielten, den „Glauben eines Muslims zu erschüttern“ mit Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafen geahndet werden.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur

mit Quellenangabe „APD“ gestattet!